



*Liebe Leserinnen und Leser,
diese Ausgabe wurde sehr international - zumindest mit Anglizismen habe ich
nicht ganz hinterm Berg halten können. Vielleicht Nachwirkungen meiner Reise
nach Schottland gemeinsam mit dem Petitionsausschuss? Mit Herbstbeginn startet
die Erkältungszeit - "an apple a day" hilft da sicher. Was auch helfen würde, um
die ärztliche Versorgung auf dem Land zu verbessern, lesen Sie in meiner Kolumne.
Have fun! Viel Spaß wünscht Ihre,*

Veronika Bode

An apple a day keeps the doctor (away)...

Aber was braucht es, um den Arzt nicht fern zu halten, sondern anzulocken? Liebe Leserinnen und Leser, Sie haben sich in der letzten Abstimmung meines Newsletters für diese Ausgabe das Thema "Wie stärken wir die ärztliche Versorgung auf dem Land?" gewünscht. Hier gibt es meines Erachtens nicht ein Allheilmittel, den "Apfel", der täglich verzehrt, das Problem in Luft auflöst. Vielmehr geht es bei der Thematik darum, an verschiedenen Stellschrauben auf Bundes-, Landes- sowie kommunaler Ebene zu drehen, um den multidimensionalen Ursachen der sinkenden ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum zu begegnen.

Ausbildungsqualität und -quantität

Auf Landesebene können wir etwas bewegen, wenn wir die Ausbildungsquantität sowie -qualität angehender Medizinerinnen und Mediziner verbessern. Jüngst titelte die Braunschweiger Zeitung "Hunderte Medizinstudiengänge fehlen" (Ausgabe vom 15.10.2025, S. 9). Mit 10 Studienplätzen pro 100.000 Einwohner, so zitierte das Blatt eine Analyse des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), liege Niedersachsen auf dem drittletzten Platz. Nur Brandenburg und Bremen seien schlechter...

Es ist in Hannover politischer Konsens, dass wir die Anzahl der Medizinstudiengänge an unseren Universitäten in Medizinstudiengängen weiter ausbauen müssen. In den letzten fünf Jahren konnten rund 30 % zusätzliche Medizinstudiengänge an den Universitäten in Hannover, Göttingen und Oldenburg geschaffen werden.



Foto: Privat.

Fortsetzung: An apple a day...

Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Weiterhin müssen wir dafür sorgen, dass die Anerkennung ausländischer medizinischer Abschlüsse deutlich schneller und effizienter erfolgt. Wer aus dem Ausland zu uns kommt, um hier als Ärztin oder Arzt zu arbeiten, muss zügig in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Niedersachsen darf kein bürokratisches Nadelöhr sein, sondern muss ein attraktiver Standort für internationale Fachkräfte werden.

Wer darf Medizin studieren?

Auch der Zugang zum Medizinstudium muss insgesamt fairer gestaltet werden. Die Abiturnote allein darf nicht darüber entscheiden, wer Ärztin oder Arzt werden kann. Vorerfahrungen im medizinischen Bereich sowie der Medizinertest müssen stärker gewichtet werden, um auch engagierten und geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern ohne Einser-Abitur eine Chance zu geben.

Ausbau der Landarztquote

Dieses Instrument trägt zur langfristigen Sicherung der Versorgung in strukturschwachen Regionen bei. Die Quote sollte auf das maximal mögliche Maß erhöht werden. Besonders wichtig ist dabei ein regionaler Aspekt: Jede Region in Niedersachsen soll die Chance erhalten, eigene junge Menschen ins Medizinstudium zu bringen. Mindestens eine Bewerberin oder ein Bewerber aus jedem Landkreis soll unabhängig vom Numerus Clausus eine realistische Möglichkeit auf einen Studienplatz erhalten.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Laut dem Bericht der Enquetekommission zur Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung lehnen rund 46 % der Studierenden eine Niederlassung im hausärztlichen Bereich ab, was insbesondere in strukturschwachen Regionen zu Versorgungsengpässen führt. Laut Leistungsbericht der niedersächsischen Hochschulen ist der Frauenanteil in den Medizinstudiengängen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und liegt inzwischen bei 70 %. Die Entscheidung für eine Niederlassung in der Allgemeinmedizin wird auch durch den Wunsch auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf flexible Arbeitszeitmodelle oder auch auf Wiedereinstiegsmöglichkeiten nach einer Familienphase beeinflusst.



Fortsetzung: An apple a day...

Standortfaktor Kommune

Diese Bedürfnisse erhöhen bei jungen Menschen auch nicht unbedingt die Motivation, sich in einer strukturschwachen Region niederzulassen. Damit sich mehr junge Medizinerinnen und Mediziner bewusst für den Weg in die hausärztliche Versorgung entscheiden, müssen also die Standortbedingungen attraktiver werden.

Hier spielen die Kommunen eine entscheidende Rolle: So wird in Jerxheim aktuell über eine Machbarkeitsstudie über die Errichtung eines medizinischen Versorgungszentrums diskutiert. Aber auch weiche Faktoren fallen ins Gewicht: Gibt es vor Ort Kitas und Schulen? Wie gestaltet sich die Nahversorgung im Ort? Wie sieht ggf. die Anbindung an größere Städte aus?



Foto: Privat.

Zu viel 'Papierkram'

Last but not least: Die bereits praktizierenden Medizinerinnen und Mediziner brauchen eine spürbare Entlastung im Praxisalltag. Der aktuelle Zustand, dass im Schnitt 61 Arbeitstage pro Jahr für administrative Aufgaben aufgewendet werden müssen, ist inakzeptabel - erst kürzlich habe ich mir gemeinsam mit Alexander Jordan in einer Praxis über die aktuellen Rahmenbedingungen berichten lassen. Diese Zeit fehlt am Patientenbett, im Sprechzimmer und bei der Versorgung chronisch kranker Personen. Hier muss der Bund tätig werden und die Dokumentationspflichten sowie Abrechnungspraxen vereinfachen.

Wolfsmanagement mit Augenmaß

Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat in der letzten Sitzungswoche im Oktober einen [Antrag für ein aktives Wolfsmanagement](#) eingebracht. Mit einer der höchsten Wolfpopulationen weltweit sind die Folgen für uns in Niedersachsen dramatisch: gerissene Weidetiere, verunsicherte Tierhalter und zunehmende Konflikte. Die Landesregierung darf vor diesem Zustand nicht länger die Augen verschließen. Ich bin mit den Weidetierhaltern im Landkreis Helmstedt im engen Austausch. Die Sorgen um ihre Tiere bereitet den Menschen schlaflose Nächte.

Fortsetzung: Aktives Wolfsmanagement

Teilweise geht es hier um die nackte Existenz der Betroffenen, die trotz aller Schutzmaßnahmen Wolfrisse zu verschmerzen haben. Unser Antrag fordert die Landesregierung unter anderem auf, Obergrenzen für Wolfsbestände nach skandinavischem Vorbild festzulegen, mehrmonatige Jagdzeiten und Abschusspläne zu ermöglichen und den Herdenschutz unbürokratischer zu gestalten, damit kleine und mittlere Betriebe entlastet werden. Wichtig ist ebenfalls die Etablierung von rechtssicheren Möglichkeiten zur Entnahme von Wölfen außerhalb der Jagdzeit bei gehäuft auftretenden Nutztierrißen sowie der Schutz der Anonymität derjenigen, die Wolfsentnahmen vornehmen.



Foto: Privat.

Ein aktives Wolfsmanagement ist kein Angriff auf den Artenschutz, sondern Ausdruck von Verantwortung. Wir wollen den Wolf nicht ausrotten, sondern seine Population so regulieren, dass Mensch, Tier und Natur in einem vernünftigen Gleichgewicht leben können. Wir brauchen endlich ein Wolfsmanagement mit Augenmaß – für unsere Weidetierhalter und die Sicherheit im ländlichen Raum.



Foto: Privat.

Inzwischen hat der Bund endlich auch für die kontinentale Region den längst überfälligen günstigen Erhaltungszustand des Wolfs an die EU-Kommission gemeldet. Damit ist nun ein Großteil Deutschlands abgedeckt – ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einem systematischen Wolfsmanagement, insbesondere für Niedersachsen.

Ich hoffe, dass nun zeitnah die notwendigen Anpassungen im Bundesnaturschutz- und Bundesjagdgesetz folgen werden, wie es auch im Koalitionsvertrag von Union und SPD festgehalten ist. Wichtig ist, dass die rot-grüne Landesregierung und allen voran der Umweltminister Meyer die erforderlichen Vorbereitungen trifft, damit Niedersachsen die neuen Handlungsspielräume im Wolfsmanagement konsequent und ohne Zeitverzug nutzen kann.

Rot-Grüne Wahlkreisreform: Mehr Sitze sind kein Gewinn für die Demokratie

Die rot-grüne Landesregierung plant eine umfassende Reform der Landtagswahlkreise in Niedersachsen – verbunden mit der Schaffung zusätzlicher Wahlkreise. Aus Sicht der CDU-Fraktion und auch aus meiner persönlichen Überzeugung ist dieser Schritt weder sachlich notwendig noch finanziell vertretbar.

Ein fairer Neuzuschnitt der Wahlkreise wäre auch mit der bisherigen Zahl von 87 Wahlkreisen möglich gewesen. Stattdessen setzt Rot-Grün auf eine Ausweitung, die den Landtag durch zusätzliche Überhang- und Ausgleichsmandate weiter vergrößern wird. Das führt zu höheren Kosten, ohne dass die parlamentarische Arbeit dadurch effizienter oder bürgernäher wird.

Die CDU-Fraktion hat sich von Anfang an für eine sachgerechte Umsetzung der Vorgaben des Staatsgerichtshofs eingesetzt. Ziel muss es sein, die Wahlkreise so anzupassen, dass die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger überall im Land gleich viel zählen – und nicht, parteipolitische Interessen durch veränderte Zuschnitte zu begünstigen.

Besonders kritisch ist, dass Rot-Grün diese Entscheidung im Alleingang getroffen hat, ohne den Versuch, einen überparteilichen Konsens zu finden. Eine Reform, die das Vertrauen der Menschen in unsere Demokratie stärken soll, braucht Transparenz, Dialog und Augenmaß – all das lässt der aktuelle Vorschlag vermissen.

Dass nach dem Vorschlag ausgerechnet die Samtgemeinde Heeseberg aus dem Wahlkreis 8 herausgelöst werden soll, ist alles andere als eine geeignete Lösung. Die kleinste Verwaltungseinheit im Landkreis Helmstedt stellt dieser Zuständigkeitswechsel vor zusätzliche Herausforderungen, denn die Gemeinden würden damit dem Wahlkreis Wolfenbüttel-Nord zugeschlagen.

Als CDU-Landtagsfraktion stehen wir für Verlässlichkeit und eine schlanke, effiziente Landespolitik. Eine Vergrößerung des Landtags hilft weder der Sache noch den Bürgerinnen und Bürgern. Niedersachsen braucht keine größeren Parlamente – sondern bessere Entscheidungen für die Menschen im Land.



Foto: Björn Küssner.

Fortsetzung: Rot-Grüne Wahlkreisreform

Zum Hintergrund:

Der Niedersächsische Staatsgerichtshof hat mit Urteil vom 16. Dezember 2024 festgestellt, dass viele Landtagswahlkreise deutlich von der durchschnittlichen Zahl der Wahlberechtigten abweichen und damit dem verfassungsrechtlichen Prinzip der Wahlgleichheit nicht genügen.

Der Landeswahlleiter Markus Steinmetz hat einen Vorschlag zur Neueinteilung vorgelegt. Danach sollen 62 von 87 Wahlkreisen neu zugeschnitten werden. Der Vorschlag zielt darauf ab, die demografische Entwicklung in unterschiedlichen Landesteilen zu berücksichtigen und eine bevölkerungsproportionale Verteilung sicherzustellen.

SPD und Grüne haben daraufhin jetzt einen eigenen Vorschlag eingebracht, um das Urteil des Staatsgerichtshofs umzusetzen. In diesem Entwurf bleiben 38 der 87 Wahlkreise unverändert; 49 Wahlkreise (also mehr als die Hälfte) würden im Zuschnitt verändert. Neu ist, dass nicht 87, sondern künftig 90 Wahlkreise vorgesehen sind. Damit würden drei zusätzliche Wahlkreise geschaffen.



80 Gäste diskutierten mit den CDU-Spitzen

Mit dem Format „Land.Zukunft.Niedersachsen – Der Talk vor Ort“ hat die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion zum zweiten Mal eine Dialogveranstaltung gezielt im ländlichen Raum ausgerichtet. Ich habe mich sehr gefreut, im Schützenhaus Grasleben am 19. September den CDU-Fraktionschef Sebastian Lechner und seinen agrarpolitischen Sprecher Dr. Marco Mohrmann begrüßt sowie die Diskussion moderiert zu haben. Mit rund 80 Gästen wurde über zentrale Herausforderungen für die Bewohnerinnen und Bewohner des ländlichen Raums gesprochen.

In den Fokus rückten die anwesenden Gäste Themen wie Bürokratieabbau, Ärztemangel, Lehrkräftemangel sowie die Zukunft der Landwirtschaft.



Fortsetzung: Land.Zukunft.Niedersachsen.

Bürokratieabbau und starke Landwirtschaft

Marco Mohrmann forderte eine Entlastung der Landwirtschaft durch die Reduzierung der Bürokratie und Regulierungen. Es gäbe genügend Vorschläge zum Bürokratieabbau und man könnte sofort loszulegen, denn eine starke Landwirtschaft sei wichtig für einen starken ländlichen Raum.

Auch bei Bildung und Betreuung sieht die CDU dringenden Handlungsbedarf. Lechner sprach sich für eine vereinfachte Zulassung für den Quereinstieg in den Lehrerberuf und die Einführung einer dualen Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher aus. Beides könnte schnell umgesetzt werden und dem Personalmangel entgegenwirken.

Ärztmangel: Gemeindeschwester als Lösung?

Ein weiteres zentrales Thema war die medizinische Versorgung. Lechner kritisierte die strengen Zulassungskriterien für das Medizinstudium und forderte eine bessere Anerkennung ausländischer Abschlüsse. „Nicht nur in Deutschland werden gute Ärzte ausgebildet“, sagte er. Gleichzeitig räumte er ein, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen würden, um jeden Ort mit einem Hausarzt zu versorgen.

Als pragmatische Lösung brachte der Fraktionsvorsitzende die Wiedereinführung der „Gemeindeschwester“ ins Spiel. Medizinische Fachangestellte könnten als erste Ansprechpartner vor Ort fungieren und bei Bedarf die weitere Versorgung koordinieren. Ein entsprechender Modellversuch läuft bereits in Niedersachsen.

Förderprogramme und Wolf-Management

Auch die Vielzahl an Förderprogrammen für die kommunale Infrastruktur wurde kritisch beleuchtet. Lechner sprach sich für eine deutliche Reduzierung aus – aktuell existieren rund 2000 Programme, davon 106 auf kommunaler Ebene. Durch die Reduzierung der Förderprogramme könnten die Fördergelder direkt an die Kommunen weitergegeben werden, denn vor Ort würden immer noch die besten Investitionsentscheidungen getroffen werden.



Fortsetzung: Land.Zukunft.Niedersachsen.

Beim Thema Wolf forderte Mohrmann ein Bestandsmanagement statt der bisherigen Einzelfallprüfungen. Die aktuelle Regelung führe faktisch dazu, dass keine Abschüsse stattfinden würden. Die zur Änderung notwendigen Schritte in Berlin und Brüssel seien bereits eingeleitet. Nur die Landesregierung in Hannover würde noch die Hände in den Schoß legen und damit ein Artgerechtes und praktikables Bestandsmanagement verzögern.

Ich bedanke mich bei allen Gästen für diese tolle Veranstaltung sowie natürlich bei unseren Ehrengästen für die offenen, klaren Worte. Mit einem herzlichen Applaus wurden Sebastian Lechner und Marco Mohrmann verabschiedet.

Grasleben: Sebastian Werner bewirbt sich 2026 um das Amt des Bürgermeisters

Der CDU Samtgemeindeverband Grasleben hat in seiner Mitgliederversammlung im September den 42-jährigen Dipl.-Verwaltungsfachwirt und Kriminalbeamten bei der Polizei Wolfsburg als ihren Kandidaten für die Nachfolge von Gero Janze aufgestellt.

Seit vielen Jahren engagiert sich Sebastian Werner sowohl in der Kommunalpolitik, als auch in verschiedensten anderen ehrenamtlichen Bereichen. Seine neuesten Projekte im TSV Grasleben sind gute Beispiele, dass er entschlossen Dinge in die Hand nimmt und sich nicht vor Verantwortung scheut.

Sebastian Werner ist ein Kind der Region und mit dem Rückhalt der ganzen Familie authentisch und bestens vernetzt.



Foto: Daniel Arzt.

**Ihre Meinung ist mir wichtig:
Wählen Sie das nächste Thema für "Vronis Feder"**

HIER ABSTIMMEN

☎ 0 53 51/ 42 46 19

✉ info@veronikabode.de

📷 [@veronika_bode.mdl](https://www.instagram.com/veronika_bode.mdl)

📘 [@VeronikaBodeMdl](https://www.facebook.com/VeronikaBodeMdl)

V.i.S.d.P.: Veronika Bode MdL
Wahlkreisbüro
Maschweg 2
38350 Helmstedt

NEWSLETTER

RAUS AUS DEM WAHLKREIS

Mit dem Petitionsausschuss unterwegs: Greetings from Scotland!

Vom 22. bis 26. September 2025 nahm ich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen des Petitionsausschusses des Niedersächsischen Landtages an einer parlamentarischen Informationsreise nach Schottland teil. Ziel der Reise war es, Einblicke in die Arbeit des schottischen Parlaments und seiner Gremien zu gewinnen, die Bürgerbeteiligung zu beleuchten und den Austausch über moderne Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren zu vertiefen.

Der erste offizielle Besuchstag begann mit einem Termin im Schottischen Parlament. Nach einer eindrucksvollen Führung durch das moderne Parlamentsgebäude folgte ein Fachgespräch mit dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Öffentliche Petitionen. Am Nachmittag besuchten wir den City of Edinburgh Council, wo wir über kommunale Beteiligungsprozesse sprachen. Eine Stadtführung am Abend rundete den Tag mit historischen und kulturellen Eindrücken ab.

Der nächste Tag stand im Zeichen der Demokratiebildung. An der Universität Edinburgh führte Dr. Jan Eichhorn uns in seine Forschung zur politischen Bildung und Demokratieförderung ein. Es folgten Gespräche mit Vertreterinnen der Royal Society of Edinburgh und dem Scottish Council on Global Affairs, die Einblicke in die Schnittstellen von Wissenschaft, Gesellschaft und Politik gaben.

Den Abschluss bildete ein Gespräch mit dem Minister für Verfassung, Auswärtige Angelegenheiten und Kultur, Angus Robertson MSP. Dabei standen Themen wie Dezentralisierung, Bürgerrechte und der Umgang mit Petitionen auf Regierungsebene im Mittelpunkt.



Foto: Privat.



Foto: Privat.

Fortsetzung: Greetings from Scotland!

Am letzten Tag führte uns die Reise nach Durham (England). Dort erhielten wir an der Universität Durham Einblicke in aktuelle Forschung zu Demokratie und Zivilgesellschaft. Der Austausch mit Professor Richard Huzzey machte deutlich, wie historische Perspektiven demokratische Entwicklungen prägen können. Den Abschluss bildete ein Rundgang durch das traditionsreiche Durham Castle und den Besuch der beeindruckenden Kathedrale.

Es kommt doch auf die Größe an...

Die Zeit meldet, war das Ozonloch 2024 kleiner als in den Vorjahren. Das liegt zum einen an natürlichen atmosphärischen Phänomenen, vor allem aber an der Verringerung der von Menschen produzierten ozonschädigenden Substanzen in den letzten Jahrzehnten.

Die Ozonschicht befindet sich in etwa 15–30 Kilometern Höhe und schützt die Erde, indem sie den größten Teil der gefährlichen ultravioletten (UV-)Strahlung der Sonne absorbiert. Durch menschliche Einflüsse, vor allem durch den Ausstoß von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) und ähnlichen Stoffen, wird Ozon (O₃) in der Stratosphäre chemisch abgebaut. Diese Stoffe gelangen in große Höhen, wo sie durch Sonnenstrahlung Chlor- und Bromradikale freisetzen. Diese zerstören Ozonmoleküle und führen zur Ausdünnung der Ozonschicht – das sogenannte Ozonloch entsteht.

Folgen: Erhöhte UV-Strahlung auf der Erdoberfläche, ein höheres Risiko für Hautkrebs und Augenschäden (z. B. grauer Star) sowie Schädigung von Pflanzen, Plankton und Ökosystemen.

Durch das Montrealer Protokoll (1987) wurde die Produktion und Verwendung von FCKW und ähnlichen Substanzen weltweit stark eingeschränkt. Seitdem erholt sich die Ozonschicht langsam, auch wenn das Ozonloch saisonal (vor allem im Südfrühling) weiterhin beobachtet wird.



Foto: Privat.